



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/KVI/47 - 25. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Kampf gegen die "öffentliche Armut"</u> Unbewältigte Gemeinschaftsaufgaben Zur SPD-Landratkonferenz in Bad Hersfeld	61
3 - 4	<u>Finanzwesen</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	99
5 - 6	<u>Mao Tse-tungs Griff nach Indien</u> "Volksbefreiungsarmee" besetzt indisches Territorium Von Erwin Erasmus Koch	67
7 - 8	<u>Eigenmächtigkeit des Bundesinnenministers</u> Selbstverwaltungsorgane umgangen Um die Zuwendungen aus dem Bundesjugendplan	53
8	<u>Zuvorgekommen</u> Zum Austritt Pehrischs aus der SPD	11

* * * *

Kampf gegen die "öffentliche Armut"

ER. Der neue Begriff der "öffentlichen Armut", von US-Amerika nach Europa eingewandert, wird in seiner bildhaften Verständlichkeit von nun an in steigendem Maße die öffentliche Diskussion auch in der Bundesrepublik beherrschen. "Öffentliche Armut", das sind alle die grossen Mängel unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, das sind die Versäumnisse, deren sich die Christdemokraten im Laufe ihrer zehnjährigen Machtausübung in Bonn und im Bunde schuldig gemacht haben, das sind die unbewältigten Gemeinschaftsaufgaben, deren Lösung Adenauer und seine Partei den neuen und jungen Kräften überlassen haben, die sich zur Ablösung bereit stellen und die entschlossen sind, frischen Wind durch die Bundesrepublik wehen zu lassen.

Wie sehr es an diesem Winde fehlt und wie dringend nötig sein frisches Wehen ist, das konnte man in bedrückender Deutlichkeit an den Berichten erkennen, die vor den sozialdemokratischen Landräten vor der Landräte-Konferenz des SPD-Vorstandes in Bad Hersfeld erstattet wurden. Diese Männer, in deren Verwaltungsbereich mehr als 60 vH. der Bundesbevölkerung wohnen, liessen in kühler Sachlichkeit Fakten und Zahlen einer bundesrepublikanischen Wirklichkeit aufmarschieren, die mit dem satten Glänzen der Wirtschaftswunderfassade nicht mehr zugedeckt werden kann. Der Bundesregierung hülfte es nichts, wenn sie diese peinliche Feststellung mit der Aufzählung von DM-Summen beantwortet wollte, die im Laufe des bundesrepublikanischen Dezenniums auch den Landkreisen zur Verfügung gestanden haben. Der Ruf nach der Befreiung von der "öffentlichen Armut" ist ja auch kein finanzieller Notschrei allein, der etwa schon mit der Zuweisung von neuen Haushaltsmitteln voll zu befriedigen wäre.

Hier geht es nicht nur um Geld allein, hier geht es in erster Linie vor allem auch um die nunmehr unabdingbar gewordene Notwendigkeit, den neuen mitmenschlichen Stil des organischen Zusammenwirkens

gerade auch auf das Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden zu übertragen und anzuwenden. Die Fragen, die das Leben von heute und morgen an uns als Bürger dieses demokratisch-sozialen Staates stellt, müssen mit einer grosszügigen und zukunftsweisenden Politik beantwortet werden. Die im tausendmaligen Wiederholen schal und matt gewordenen Phrasen der im Wirtschaftsmaterialismus erschlafften und konzeptionslos von der Hand in den Mund lebenden CDU-Politik können diese notwendige Antwort der Realisierung und der Aktivität nicht mehr ersetzen.

Die Liste der Versäumnisse beispielsweise, die von der jetzigen Bundesregierung gegenüber dem "flachen Lande" zu verantworten sind, bekommt ihr Gewicht nicht zuletzt gerade aus dem Mangel an Einfühlungsvermögen, das von dem Kabinett Adenauer auch in diesem Bereich durch Jahre hindurch offenbart worden ist. Wenn sich der Bundeskanzler und der oder jener zuständige Bundesminister jetzt auf einmal des "flachen Landes" und seiner Menschen annehmen, dann wird dieser plötzliche Eifer praktisch allein von der Sorge um die Wählerstimmen diktiert, die Adenauer bis zum 17. September aus eben diesem "flachen Lande" für seine Partei mobilisieren möchte. Diese ad-hoc-Liebe und die im Eiltempo zumindest als Entwürfe oder Pläne am Laufband produzierten Flickwerk-Aus- und Abhilfen können aber den nun schon über ein Jahrzehnt alten "weissen Fleck" nicht beseitigen, den die gegenwärtige Bundesregierung als binnendeutscher Unterentwicklungs-Bereich hat entstehen lassen.

Das "flache Land" mit seinem 60 vH.-Anteil an der Bundesbevölkerung beginnt sich laut und rauh zu Wort zu melden. Der Kampf gegen die "öffentliche Armut", den die SPD auf ihre Fahnen geschrieben hat, wird von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gerade auch zu Nutz und Frommen dieses "flachen Landes" geführt werden. Das Leben muss, so will es die SPD, auch dort endlich lebenswert gemacht werden.

Finanzwesen

Von Heinrich G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Beratung des Bundeshaushalts 1961 konnte im Haushaltsausschuss noch nicht beendet werden. In Aussicht gestellte Erläuterungen des Bundesfinanzministers zur Sicherung eines nicht defizitären Haushaltsabschlusses wurden um acht Tage verschoben. Auf Grund neuer Steuerschätzungen steht jedoch fest, dass der Haushalt nach Meinung der Bundesregierung ohne Steuererhöhung ausgeglichen werden kann, wenn die Endsumme, die sich auf Grund zahlreicher Nachforderungen der Bundesregierung ergibt und die jetzt 48,1 Mrd. DM beträgt, nicht wesentlich überschritten wird. Erstaunlich sind und bleiben die Mehreingänge, die die Bundesregierung aus Umsatzsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer, aus dem Branntweinmonopol, der Tabak-, Kaffee- und Zuckersteuer und aus einigen anderen Quellen erwartet. Von besonderem Interesse sind hierbei die Grössenordnungen in bezug auf die Umsatzsteuer einerseits, Einkommen- und Körperschaftsteuer andererseits. Im Rechnungsjahr 1960 wurden - immer auf 12 Monate berechnet - 14,96 Mrd. DM Umsatzsteuer erwartet, heute errechnet die Bundesregierung für 1961 16,2 Mrd. DM. Der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wurde im 1960 mit 7,9 Mrd. veranschlagt, jetzt veranschlagt ihn die Bundesregierung für 1961 mit 10,46 Mrd. DM.

Mit Blick auf die Wahlen

Mit deutlichem Blick auf die Wahlen betont die Bundesregierung, sie denke nicht an Steuererhöhungen. Bundesfinanzminister Loh hat vor der CDU-Fraktion Pressescherichten zufolge sogar betont, Steuererhöhungen würden automatisch zu Stockungen des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftspolitik führen. Das ist für Steuererhöhungen, die die Masse treffen würden, abgerichtet und begründet. Steuererhöhungen aber, die den massierten Grossbesitz und die Rieseneinkommen treffen würden, könnten weder zu Stockungen des Wirtschaftssystems noch zur Gefährdung der Wirtschaft an sich führen. Eine solche Veränderung des Steuersystems würde allerdings zu einer gewissen Änderung der Wirtschaftspolitik führen, die die Masse unserer Steuerzahler aber mit Vergnügen bejahen würde. Was für 1961 nach Meinung der Bundesregierung falsch ist, kann im Jahre 1962 nicht richtig sein, aber man wird diese Bemerkungen nicht ohne ein gewisses Lächeln der Auguren konstatieren: Um Gotteswillen keine Steuererhöhungen vor der Wahl, das könnte die Wahlchancen der regierenden Parteien verderben. Heinrich Heine hat das vorausgesehen, als er meinte: Und grüsse mich nicht unter den Linden, wenn wir nur zuerst zuhause sind, wird sich schon alles finden."

Der Bundesausserminister war in Amerika, er hat laufende Bundesbewilligungen an die Entwicklungshilfe zugesichert, andere Minister haben aber das Gegenteil erklärt, auch über die Grössenordnung ist man sich nicht einig. Der Bundesfinanzminister hat dem Haushaltsaus-

schuss noch nicht berichtet, aber aus seinen Mitteilungen vor der CDU/CSU-Fraktion und aus Presseinformationen kann sich ein Mitglied des Haushaltsausschusses, das nach Unterlagen sucht, folgende Zahlen zusammenstellen: Aus der noch nicht voll gezeichneten Industrieanleihe für die Entwicklungshilfe werden erwartet 1,5 Milliarden DM, aus der Bewilligung der Länder an die Entwicklungshilfe 0,5 Milliarden DM, aus dem Erlös der Privatisierung des Volkswagenwerks 0,5 Milliarden DM, aus ERP-Mitteln 0,16 Milliarden DM, aus dem Etat des Auswärtigen Amtes 0,085 Milliarden DM, aus einer Bindungsermächtigung im gleichen Etat 0,115 Milliarden DM, aus dem Einzelplan "Allgemeine Finanzverwaltung" 0,189 Milliarden DM und aus einer neu vorgesehene Bindungsermächtigung 0,500 Milliarden DM, zusammen mit Leistungen aus anderen Bundesmitteln und aus Mitteln der Wiederaufbaubank 4.029 Milliarden DM. Diese Zusammenstellung enthält zur Hauptsache nicht wiederkehrende Leistungen im Werte von mindestens 2,5 bis 3,0 Milliarden DM.

Entwicklungshilfe - humanitäre und politische Aufgabe

Die Entwicklungshilfe hat sowohl humanitären als auch politischen Charakter. Menschen, die vom Hungertod bedroht sind, sollen gerettet werden. Nach dem zweiten Weltkrieg haben vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Bevölkerung in Deutschland vor dem Hungertod bewahrt. Ich erinnere an die Marshall-Plan-Hilfe, deren Rückverwendung zugunsten anderer heute notleidender Völker eine selbstverständliche Pflicht ist. Die Entwicklungshilfe ist aber auch eine politische Aufgabe, um die beteiligten Völker Asiens und Afrikas nicht zur Beute des Kommunismus werden zu lassen. Die Bundesregierung schweigt sich bis heute darüber aus, wie und in welchem Ausmass sie sich ab 1962 die Fortsetzung der Entwicklungshilfe denkt.

In Washington war auch die Sprache von Leistungen direkt zugunsten der Behebung der Devisennot der USA. Es handelt sich sicherlich nicht um eine Haushaltshilfe für die Vereinigten Staaten, das hat dieses Land und Volk nicht nötig. Dagegen kann es sich durchaus um die Notwendigkeit einer Devisenhilfe handeln. Sowohl in dieser Hinsicht als auch in bezug auf die Entwicklungshilfe hätte die Bundesrepublik Deutschland heute im öffentlichen Urteil eine bessere Note, wenn sie den Vorschlägen der Sozialdemokraten gefolgt wäre. Heute haben sogar die in Aussicht genommenen Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe einen bitteren Beigeschmack; es sind nicht gerade freiwillige Leistungen der Bundesrepublik.

Unvermeidliche Steuererhöhungen

Dem Verlangen der Amerikaner kann in Form einer echten Devisenhilfe Rechnung getragen werden durch eine vorzeitige Schuldentilgung. Die Bundesrepublik hat in den Vereinigten Staaten ca. drei Milliarden DM Schulden zutragen. Der Bundeshaushalt verfügt nicht über die Devisen, die eine solche Tilgung ermöglichen würden. Es wäre aber durchaus zu ermöglichen, die Schuldentilgung durch einen Aufkauf der Schuldverpflichtungen seitens der Deutschen Bundesbank durchzuführen. Die Bundesbank verfügt zur Deckung der Währung über genügend Devisen, die auf diese Weise den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Bundesrepublik Deutschland würde zum Schuldner der Deutschen Bundesbank und könnte ihre Schuldverpflichtungen in einigen Jahresraten abtragen, aber auch hier steht fest, dass die Finanzpolitik versäumter Gelegenheiten bei Fortsetzung des bisherigen Systems ab 1962 unausweichlich zu einer Steuererhöhung führen wird. Das sollte der deutsche Steuerzahler wissen.

Mao Tse-tungs Griff nach Indien

Von Erwin Erasmus Koch

Der seit Jahren schwelende Grenzstreit zwischen Indien und der Volksrepublik China hat in jüngster Zeit weitere Verschärfungen erfahren. Die Okkupation von Territorien im Himalaya, die entweder bis zur Besetzung Tibets durch kommunistische Sturmabteilungen der Volksbefreiungsarmee Mao Tse-tungs unbestritten indisches Hoheitsgebiet waren oder zu Protektoraten der Republik Indien gehörten, ist noch keineswegs abgeschlossen. Sie richtet sich neuerlich vor allem auf den Norden Burmas. Nur wenige Wochen sind seit dem Staatsbesuch des Ministerpräsidenten Tschou En-lai in Rangun verflossen. Eine zum Schluss erfolgte dürftige Mitteilung lässt keinen Zweifel darüber, dass die "strittigen Grenzfragen" im Sinne der Wünsche Pekings "freundschaftlich" geklärt wurden. U Nu, der Ministerpräsident Burmas, hat zweifelsohne den Drohungen nachgegeben, die eine Einwilligung in Korrekturen des Grenzverlaufs zugunsten Chinas erpressten. Zum Zeichen einer demonstrativen "Entwicklungshilfe" liess Tschou En-lai Tausende Meter Seide und erhebliche Mengen Porzellan an die Bevölkerung der nördlichen Provinzen Burmas verteilen. Zugleich gewährte China dem Dschungelstaat eine beachtliche Anleihe im Wert von ungefähr 360 Millionen D-Mark.

Auf diese Weise wird auch Burma im Verlauf der Strategie des revolutionären Krieges Mao Tse-tungs "aufgeweicht". Sie erstreckt sich längst auf ganz Hinterindien, das China mehr oder weniger offen für sich beansprucht. So ist die Sorge verständlich, die neuerdings Indiens Staatspräsident Rajendra Prasad zum Ausdruck brachte. Demnach hat die Volksrepublik China nunmehr insgesamt 128 000 Quadratkilometer Ländereien an den Südhängen der Schneeberge besetzt und damit ihre fortdauernde Feindseligkeit bewiesen. Die willkürlichen Besitzergreifungen reichen von Ladakh, der nördlichen Provinz Kaschmirs, entlang von drei grossen Enklaven im Himalaya bis dicht vor Nepal, wobei auch die nördliche "Frontier" dieses Staates durchaus unstritten bleibt; unmittelbare Einbrüche chinesischer Verbände erfolgten weiter in Sikkim und Bhutan. Sie wurden nach Burma hinein fortgesetzt. Aber sie sind noch bei weitem nicht beendet. China erhebt seine Ansprüche auf die gesamten "North Eastern Territories" und "North Western Territories" südlich des Himalayas und Hindukusch',

während Nepal durch Techniker und Agenten der grossen asiatischen Volksrepublik von Tibet her unterwandert wird.

Jawaharlal Nehru hat aus seinen Besorgnissen nie ein Mehl gemacht, dass nämlich der kommunistische Staat im Norden einen Imperialismus eigener Art betreibt. China strebt auf lange Sicht tatsächlich die Hegemonie über den Subkontinent an.

Man sollte im Westen nicht vergessen, dass Indien dem Zugriff durch den Kommunismus weit mehr offen liegt, als man im allgemeinen eingestehen will. Von vierhundert Millionen Indern verdienen nur drei Millionen mehr als einen Betrag, der je Monat zweihundert DM entspricht. Das durchschnittliche indische Volkseinkommen liegt ungefähr bei monatlich zwanzig DM, wenn man die Rupies umrechnet. Aber selbst diese entsetzlich geringe Summe erweist sich in Wirklichkeit noch weitaus kleiner, weil die Statistik eben nur einen Durchschnitt angeben kann. Millionen und aber Millionen Inder hungern, nicht weil weiter eigentliche Katastrophen eintreten oder drohen, obwohl auch sie trotz aller Verbesserungen des Verkehrswesens möglich sind; vielmehr hungern die Massen des Volkes, weil sie auf ihren Dörfern und in den Städten im Zuge der Industrialisierung zu Proletariern wurden, denen zum Leben das Nötigste fehlt. Einen besseren Boden kann sich der Kommunismus für seine Ausbreitung gar nicht wünschen.

Vielfach wird dagegen mit der an sich richtigen Behauptung argumentiert, dass die "KPI", die Kommunistische Partei Indiens, doch nur 229 000 Mitglieder zähle. Man vergisst aber dabei die schwerlich abschätzbaren Millionen, die nicht in der Partei organisiert sind und sie trotz der chinesischen Aggression wählen. Zweifellos stärkt die Kritik an China eine nationale Abwehrfront; sie kann jedoch nicht stark und dauerhaft sein, wenn sie der Hunger zermürbt. Jene Sünden drohen, sich bitter zu rächen, die von den Mächten des Westens im Laufe der letzten dreihundert Jahre begangen worden sind. Dabei bleibt es in der gegebenen politischen Lage unerheblich, dass Indien durch die Epoche der Kolonisation überhaupt erst "erschlossen" wurde.

Gerade die Fehler und Unterlassungen dieser Erschliessung offenbaren sich zusehends und in ihren Wirkungen gefährlicher denn je zuvor.

Eigenmächtigkeit des Bundesinnenministers

BN. - Sieben Korporationsverbände, die dem Convent Deutscher Korporationsverbände (CDK) angehören, werden noch in diesem Jahr erstmals Mittel aus dem Bundesjugendplan für staatsbürgerliche Bildung und internationalen Austausch erhalten. Zu ihnen gehören die Mensur schlagenden und farben-tragenden Studenten der Deutschen Burschenschaft und des Coburger Convents. Noch im Juli 1960 lehnte das Kuratorium für Jugendfragen beim Bundesfamilienministerium - das zuständige Beratungsorgan für den ganzen Bundesjugendplan - die Förderung der Korporationen aus rechtlichen und politischen Gründen ab. Auch der Studentische Vorprüfungsausschuß, ein Selbstverwaltungsgremium, erhob Bedenken, da nach einem Rechtsgutachten die Subventionierung der Korporationen grundsätzlich gegen die ministeriellen Richtlinien für den Bundesjugendplan verstoße. Ein ähnlicher Versuch der Verbindungen, diese Mittel zu erlangen, war im Wahljahr 1957 auf die kühle Ablehnung oder ausweichende Antworten aller großen Parteien und des Bundesinnenministeriums gestoßen.

Nur der Bundesinnenminister Dr. Schröder hatte dieses Mal keine Bedenken. Gegen das Votum aller Selbstverwaltungs- und Beratungsgremien der Jugendförderung entschloß er sich, den Korporationen Bundesjugendplanmittel zukommen zu lassen. Auf sein Geheiß wurden die entsprechenden Mittel im Haushaltsentwurf zu diesem Zweck kurzerhand um 50 000 DM erhöht. Dem Studentischen Vorprüfungsausschuß wurde indirekt bedeutet, daß das Ministerium die Korporationen unter seiner Umgehung unmittelbar fördern würde, wenn der Vorprüfungsausschuß bei seiner ablehnenden Haltung bliebe. Die Studenten gaben auf und stimmten der Entscheidung des Bundesinnenministers und den vollzogenen Tatsachen zu. Die Satzungsbestimmungen der Korporationen, die den Richtlinien des Bundesjugendplanes entgegenstehen, wurden ein wenig verbogen. Nur unabhängige Studentenverbände dürfen subventioniert werden, doch im CDK stehen den 27 140 Studenten die 97 242 Alten Herren gegenüber, die vielfach unmittelbare Eingriffsrechte haben. Der Coburger Convent - "Der Toten Tatenruhm" steht als einziger Kommentar zum zweiten Weltkrieg in einer Werbeschrift von ihm - erklärt das so: Die Eingriffsrechte der Alten Herren sollen sichern, daß sich die Korporationen demokratisch führen und nicht links- oder rechtsradikal werden. Das Lebensbundprinzip wurde also aus opportunistischen Gründen geleugnet.

Doch der Korporationsstreit, nach 1945 die Geister bewegend, interessiert hier eigentlich nicht. Er ist ohnehin erledigt, es wird nun sehr auf die Hochschulen ankommen, die notwendigen Reformen durchzuführen und damit auch die studentischen Gemeinschaften mit neuem Geist zu erfüllen.

Man kann nicht verkennen, daß in einzelnen Korporationen noch für die Demokratie gefährliche Traditionen und Strömungen sichtbar sind. Doch man darf auch nicht die Ansätze zu einer Besinnung oder auch nur bloßen Anpassung bei ihnen übersehen.

Erschreckend ist aber das Vorgehen des Bundesinnenministers. Mit dem rücksichtslosen und unbegründeten Überfahren der Beratungs- und Selbstverwaltungsgremien macht er den notwendigen Unterbau demokratischen Lebens zum Possenspiel und verletzt den Bürgersinn und den Wunsch nach Mitwirkung im Staat der Jugend- und Studentenverbände. Der Bundesjugendplan sollte ihrer freien Entfaltung dienen, nicht aber dazu, ihre Entscheidungen an goldene Ketten zu legen. Hier gewinnt dieser Fall prinzipielle Bedeutung. Der Bundesinnenminister Dr. Schröder muß das Grundgesetz wohl einhalten, es kommt aber nicht darauf an, es mit einem lebendigen Sinn zu erfüllen. Wenn irgendwo, so dürfen wir im Jugendwesen nicht durch Erlaß regieren, sondern müssen durch Ausgleich und Vorbild zur Verantwortung erziehen.

+ + +

Zuvorgekommen

sp - Der Bundestagsabgeordnete Arno Behrisch hat nun den Weg eingeschlagen, der ihm schon lange vorschwebte. Er ist aus der SPD ausgetreten. Damit kam er einem gegen ihn von den verantwortlichen Parteinstanzen eingeleiteten Untersuchungsverfahren zuvor. Für die SPD ist der Austritt Behrischs ein Gewinn. Schon lange war er für diese Partei durch seine politisch zwielichtige Haltung eine Belastung. Die CDU ist nun um einen Mann ärmer geworden, den sie gelegentlich als Kronzeugen für die "mangelnde demokratische Zuverlässigkeit" der SPD gern zitierte. - Noch kürzlich hatte Behrisch die Deutsche Friedens-Union "so überflüssig wie eine Laus auf dem Kopfe" bezeichnet, was ihn nicht hinderte, sich unmittelbar nach seinem Austritt der gleichen Splittergruppe als Mitglied zu empfehlen. Dass er dies mit Verdächtigungen seiner bisherigen Weggefährten verband, ist bezeichnend für das Charakterbild dieses Mannes.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler